Erscheint täglich
früh $6^{1}/_{2}$ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis $^{1}/_{2}$9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis $^{1}/_{2}$3 Uhr.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,750
Abonnementspreis viertelj. $4^{1}/_{2}$ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 39 Mk. mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4 gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.

Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 358. **Dienstag** den 23. December 1884. **78. Jahrgang.**

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Die nächste Neujahrsmesse beginnt mit dem 2. Januar 1885 und endigt mit dem 15. Januar 1885.

Eine sogenannte Vorwoche, d. h. eine Frist zum Auspacken der Waaren und zur Eröffnung der Meßlocale vor Beginn der eigentlichen Messe, hat die Neujahrsmesse **nicht.**

Jede **frühere Eröffnung,** sowie jedes längere Offenhalten der Meßlocale in den Häusern, ebenso das **vorzeitige Auspacken** an den Ständen und in den Buden wird außer der **sofortigen Schließung** jedesmal, selbst bei der ersten Zuwiderhandlung, mit einer Geldstrafe bis zu **75 Mark** oder entsprechender Haft geahndet werden.

Leipzig, am 28. October 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Hennig.

Bekanntmachung.

Die in unserer Bekanntmachung vom 14. December 1883 zum Ablagern von Schutt, Asche, Schlamm und Hausabfällen aller Art angewiesenen Plätze, nämlich

das am Deutscher Wege liegende alte Flußbett in der Nähe des neuen Schützenhauses, links von der über das Koburger Wasser führenden sogenannten verschlossenen Brücke und

das ausgeschachtete städtische Sandgrubenareal rechts an der Chaussee nach Grimma in der Nähe des Hochreservoirs der Stadtwasserkunst, in Probstheidaer Flur,

haben lediglich der Stadt Leipzig und deren Einwohnern zur Benutzung zu dienen.

Es wird daher das Ablagern von Schutt, Asche, Schlamm und Hausabfällen auf den genannten Plätzen seitens anderer, als Einwohner der hiesigen Stadt, und aus anderen Orten ferner nicht mehr gestattet.

Leipzig, am 18. December 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. G.

Diebstahls-Bekanntmachung.

Gestohlen wurden alhier erstatteter Anzeige zufolge:

1) ein **Winterüberzieher** von schwarzem glatten Stoff, im Henkel die Firma „Lagrange Paris" —, in den Taschen befand sich ein Notizbuch mit Visitenkarten — aus einem Wartesaale im Dresdner Bahnhofe, am 14. dss. Mts. Abends;

2) ein **Winterüberzieher** von dunkelblauem Diagonalstoff, mit einer Reihe übersponnenen Knöpfen, gestreiftem Aermel- und schwarzem Schooßfutter, zwei Seitentaschen mit Patten, ferner ein schwarzer **Filzhut** mit rothem Futter, darin die Firma „Leineking, Kurprinzstraße und Stecker-Passage", von dem Vorsaal einer Wohnung am Brühl Nr. 51, am 17. dss. Mts. Vormittags;

3) sechs Paar neue **Filzschuhe** und sechs Paar neue **Filzpantoffeln,** die Letzteren von grauer Farbe und mit rother Borde eingefaßt, mittelst Erbrechens einer Kiste, welche in der Hausflur Nr. 5 der Colonnadenstraße gestanden hat, in der Zeit vom 14.—17. dss. Mts.;

4) eine **goldene Damen-Cylinderuhr** mit gerieften Rückseite und herzförmiger Verzierung, im Deckel die Nummer 8282, nebst schmaler **goldener Kette** mit Schieber und Quaste, ein **goldenes, schwarzemaillirtes Kreuz,** auf der Rückseite mit der Aufschrift „zum Geburtstag 1884", nebst **Talmikette,** ein schwarzseidener **Frauenreißrock** mit rothem Futter, und ein **Iltismuff** mit braunseidenem Futter und braunen Quasten, aus einer Wohnung in Nr. 117 der Berliner Straße, innerhalb der letzten 6 Wochen;

5) ein großer, kupferner **Kessel,** aus einem Waschhause in Nr. 7 der Promenadenstraße, am 19. dss. Mts. Abends.

Etwaige Wahrnehmungen über den Verbleib der gestohlenen Sachen oder den Thäter sind ungesäumt bei unserer Criminal-Abtheilung zur Anzeige zu bringen.

Leipzig, am 22. December 1884.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. Dr. D.

Nichtamtlicher Theil.

Frankreich und der Papst.

Das heutige Frankreich ist sehr verschieden von dem, was es unter dem Einflusse Gambetta's war, die feindliche Stellung zum Papstthum ist dem besten Einvernehmen gewichen. Auch dadurch beweist Ferry, daß er für die Bedürfnisse Frankreichs weit mehr Verständniß hat, als sein Vorgänger. Während dieser den Atheismus zur herrschenden Grundanschauung erheben wollte, stellt sich Ferry auf den Boden der Thatsachen und erinnert sich daran, daß Frankreich einst der Hort des Katholicismus war und daß die Bevölkerung noch heute trotz ihrer Gleichgiltigkeit in religiösen Dingen, wie sie besonders in den großen Städten hervortritt, an den alten Ueberlieferungen festhält. Der Antrag, die Botschaft beim Vatican aufzuheben, ist nicht neu in Frankreich, derselbe Antrag wurde schon unter Thiers gestellt, aber von Diesem mit den gleichen Gründen bekämpft wie von Ferry. Thiers sagte einmal, daß man an die religiöse Frage nicht rühren dürfe, dadurch würden Leidenschaften wachgerufen, welche am besten schlummerten. Ferry drückt sich anders aus, er erklärt, daß die Aufrechthaltung der Botschaft beim Vatican aus politischen und religiösen Gründen nothwendig sei. Nirgends werde so viel Weltpolitik getrieben wie im Vatican und deshalb sei es unerläßlich, dort Auge und Ohr offen zu halten. Wenn sogar protestantische Mächte im Vatican vertreten wären, um wie vielmehr sei eine katholische Macht wie Frankreich dazu verpflichtet? Ueber die religiöse Seite der Frage spricht sich Ferry nicht aus, das überläßt er der Anschauung jedes Einzelnen, dagegen hat er die politische Seite hervorgehoben und betont, daß Frankreich die Schutzherrschaft über die Katholiken im Orient nicht aufgeben dürfe, durch welche es sich großen Einfluß sichere, den andere Mächte sogleich für sich in Anspruch nehmen würden, sobald Frankreich den seinigen fallen lasse. Ferry legt Werth auf das gute Einvernehmen mit dem Papst und auf freundschaftliche Beziehungen zu demselben, weil er ein Politiker von anerkannter Klugheit sei, welcher versöhnliche Gesinnungen hege. Ferry sagte das Alles unter leicht verständlichen Seitenblicken auf Deutschland oder vielmehr Preußen, welches er offenbar meinte, als er von der Vertretung protestantischer Staaten beim Papste sprach. Die Gründe, welche Ferry für die Aufrechthaltung der Botschaft beim Vatican geltend machte, fanden bei der Mehrheit der Kammer volle Würdigung und die Abstimmung ergab eine Mehrheit von 125 Stimmen gegen den Antrag Madier de Monjau's.

Das ist der einzige Berührungspunct, welchen Ferry mit den Legitimisten und Bonapartisten hat, in dieser Beziehung kann er stets auf ihre Zustimmung rechnen, außerdem da, wo die französische Waffenehre in Betracht kommt, in allen anderen Fragen stehen ihm die Anhänger der Monarchie schroff gegenüber, abgesehen von der Bekämpfung des Socialismus und Anarchismus. Das weiß Ferry sehr wohl und deshalb benutzt er jede Gelegenheit, um diesen Zusammenhang für seine Zwecke dienstbar zu machen. Man kann Ferry zu seinem jüngsten Erfolge beglückwünschen, es ist nicht nur gelungen, die Billigung seiner Politik gegen China zu erlangen, er ist auch über die Wahlreform des Senats, welche ihn fast zu Falle gebracht hätte, glücklich hinweggeschlüpft. Hatte er schon hier Gelegenheit, seine conservativen Neigungen zu beweisen, so bot sich dafür noch ein besserer Anlaß bei der Debatte über den Antrag Madier de Monjau. Er schonte nicht nur die religiösen Gefühle der Monarchisten, sondern er ließ in seiner Entgegnung auch durchblicken, daß Frankreich stets zugegen sein müsse, wo deutsche Politik gemacht werde. Auf diejenigen Abgeordneten, welche für die religiöse Seite der Frage kein Verständniß besitzen, mußte der Hebel an einem anderen Puncte angesetzt werden, und es ist zu verwundern, daß dieser Kunstgriff nicht noch eine umfassendere Wirkung erzielte. Denn um etwas anderes als einen Kunstgriff kann es sich bei Hervorhebung der Weltpolitik, die angeblich im Vatican getrieben wird, kaum handeln.

Ferry sprach davon, daß Frankreich Auge und Ohr offen halten müsse, um über die weltbewegenden Fragen, welche im Vatican ihren Mittelpunct haben, stets gut unterrichtet zu sein. Was sollen das für Fragen sein? Wenn Ferry von der Vergangenheit spräche, so hätte das seine volle Berechtigung, denn im Jahre 1870 wurde allerdings das Schicksal Europas im Vatican entschieden; die Verkündigung des Dogmas der päpstlichen Unfehlbarkeit fiel mit der Kriegserklärung Frankreichs gegen Deutschland zusammen. Das war die Sachlage unter der Herrschaft eines kampfbereiten Papstes. Unter Leo XIII. haben sich die Verhältnisse wesentlich geändert. Zwar hat auch dieser nicht darauf verzichtet, das deutsche Reich unter seinen Einfluß zu beugen, aber der Widerstand, welcher ihm bei diesem Bestreben geleistet wird, ist so unbesieglich, daß die Erreichung dieser Absicht kaum noch Gegenstand der Hoffnung ist. Was will es sagen, wenn die Polen unter Führung des Centrums ihre Blicke nach dem Vatican richten oder wenn der Herzog von Cumberland die Hilfe des Centrums in Anspruch nimmt, um auf den braunschweigischen Thron zu gelangen? Um Zeuge dieser ränkevollen Bemühungen zu sein, bedarf Frankreich keines Vertreters beim Vatican, dadurch werden seine Aussichten auf Wiedererlangung Elsaß-Lothringens nicht verbessert. Aber es ist von Werth für Ferry, den Schein zu erregen, als ob diese Angelegenheiten eines Tages für Frankreich eine günstige Wendung nehmen könnten und diesem Gedankengang mögen viele Abgeordnete sich angeschlossen haben, welche für Aufrechthaltung der Botschaft beim Vatican gestimmt haben. Darin hat Ferry allerdings Recht, daß der Vatican stets ein Agitationsherd für Umsturzbewegungen gewesen ist und bleiben wird. Der Papst ist, trotz aller vorgeblichen Versöhnlichkeit, der Todfeind des deutschen Reiches, sein Zerfall würde die Macht des Papstthums stärken und neue Hoffnungen auf Wiederherstellung der weltlichen Macht desselben erwecken. Das sind aber so fernliegende Dinge, daß ein ernster Staatsmann sie nicht wohl in den Kreis seiner Berechnungen ziehen kann, und ein solcher ist Ferry. Ein Hinweis auf das deutsch-österreichische Bündniß und auf die freundschaftlichen Beziehungen beider Mächte zu Rußland und Italien genügt, um die ganze Ränkepolitik, welche im Vatican gesponnen wird, als vergeblich zu erweisen. Das einzige positive Ergebniß, was diese Politik hat, ist die Störung der inneren Entwickelung des deutschen Reiches. Diese wird leider so lange fortbestehen, als die deutschen Wähler, welche Abgeordnete des Centrums in den Reichstag und den preußischen Landtag wählen, nicht darüber zur Klarheit gelangen, was sie damit thun, welchen schweren Schaden sie dadurch dem deutschen Reiche zufügen. Die sogen. Freiheit der Kirche ist zugleich die Knechtschaft der deutschen Katholiken unter dem päpstlichen Scepter, das wissen die Herren vom Centrum sehr genau und deshalb sind sie so eifrig bestrebt, die Macht des Papstes über das katholische Deutschland und damit ihren eigenen Einfluß aufrecht zu erhalten. Die katholische Presse sorgt dafür, daß die Wähler darüber nicht zur Klarheit gelangen können, sie stellt die Sache immer so dar, als wenn die Religion in Gefahr wäre, während doch nur einzig und allein das deutsche Reich in Gefahr ist. Hin und wieder bringt ein Lichtstrahl in diese Finsterniß wie bei Verweigerung der 20,000 ℳ für den neuen Director im Auswärtigen Amt; den Zusammenhang zwischen dieser Streichung und der Beschützung der katholischen Religion vermögen selbst die katholischen Wähler nicht zu begreifen und deshalb wird auch in diesem Lager kein Versuch gemacht, die Ablehnung der 20,000 ℳ zu rechtfertigen. Auf die Verlängerung des Socialistengesetzes war eine solche Frage, welche durch den Hinweis auf die Interessen der katholischen Religion nicht zu lösen war, und deshalb stimmte auch ein Theil des Centrums für die Verlängerung. Die nächste Gelegenheit, um die katholischen Wähler aus ihrer Lethargie aufzurütteln, wird die Abstimmung über die Dampfervorlage darbieten. Das ist der Einfluß des Vaticans, welcher auf die deutschen Verhältnisse zurückwirkt, aber dieser Einfluß kann niemals zu der Bedeutung anwachsen, daß Frankreich daraus einen Grund für Aufrechthaltung seiner Botschaft beim Vatican herleiten könnte. Die Gründe dafür liegen in Frankreich selbst, es ist für die Befestigung der französischen Republik nothwendig, daß sie ein erträgliches Verhältniß mit dem Vatican aufrecht erhält. Nur unter dieser Bedingung können sich Legitimisten und Bonapartisten mit der republikanischen Staatsform äußerlich abfinden und ihre Wünsche und Hoffnungen vertagen, andernfalls würden beide ihre alleinige Aufgabe darin erblicken, der Regierung das Leben so schwer als nur immer möglich zu machen. Das weiß Ferry, und deshalb läßt er die religiöse Frage ruhen. *

Leipzig, 23. December 1884.

* Der „Post" geht folgender öffentlicher Dank des Reichskanzlers Fürsten Bismarck zu:

Berlin, den 21. December 1884.

Aus Anlaß des Reichstagsvotums vom 15. d. M. sind mir aus allen Theilen des Reiches so zahlreiche Kundgebungen zugegangen, daß ich außer Stande bin, eine jede derselben besonders zu beantworten.

Dem Mißtrauensvotum, welches die Mehrheit des Reichstages durch Ablehnung dienstlich unentbehrlicher Mittel mir ertheilt hat, stehen zahlreiche Beweise des Vertrauens gegenüber, mit welchem das deutsche Volk die von mir vertretene auswärtige Politik Seiner Majestät des Kaisers zu unterstützen bereit ist. In den Kundgebungen der im Volke lebendigen nationalen Gesinnung finde ich die Ermuthigung, auch bei abnehmenden Kräften auszuharren im Kampfe gegen die Parteien, deren Unverträglichkeit unter einander und deren Einmüthigkeit im Widerstande gegen jede staatliche Leitung die Entwickelung des Reiches hemmen und unsere mit schweren Opfern von der Nation erkämpfte Einheit gefährden.

Alle Diejenigen, welche mir in der gegenwärtigen Phase dieses Kampfes ihr Einverständniß kundgegeben und ihren Beistand zugesagt haben, bitte ich meinen verbindlichsten Dank auf diesem Wege entgegennehmen zu wollen.

v. Bismarck.

* Ein Berliner Telegramm der Hamburger „Börsenhalle" besagt bekanntlich, daß amtliche Telegramme aus Australien die Aufhissung der deutschen Flagge auf den größeren Inselgruppen des westlichen Stillen Oceans und auf der Nordküste von Neu-Guinea bestätigen. Der „Kölnischen Zeitung" wird in Bezug auf die oben gemeldete Thatsache von wohlunterrichteter Seite Folgendes telegraphirt:

Die erfolgreiche Colonialpolitik des Fürsten Bismarck hat wiederum neue Fortschritte gemacht, indem neuerdings, wie zuverlässig gemeldet wird, an einigen Puncten des Nordostens von Neu-Guinea und von Neu-Britannien die deutsche Flagge aufgehißt worden ist und die betreffenden Gebiete unter deutschen Schutz gestellt worden sind. Wer die Fortschritte unserer Colonialpolitik mit aufmerksamem Auge verfolgt hat, wird auch durch diese zuverlässig bestätigte Nachricht nicht gerade überrascht worden sein. Schon Ende August war es bekannt geworden, daß S. M. Schiff „Elisabeth", die das Lüderitzland unter deutschen Schutz gestellt hatte, angewiesen worden sei, nach Australien zu dampfen und im australischen Archipel zu kreuzen. Mitte October wurde sodann über Schritte berichtet, welche der deutsche Reichskanzler in London gethan hatte, um den deutschen Handelsinteressen im westlichen Theile der Südsee gegenüber den auf die Besitzergreifung aller noch freien Gebiete in der Südsee gerichteten Bestrebungen Sicherheit zu verschaffen. Die freundschaftlichen Erörterungen hierüber hatten zunächst bezüglich Neu-Guineas zur Folge gehabt, daß die englische Regierung beschloß, nur die Südküste Neu-Guineas und die in unmittelbarer Nähe dieser Küste liegenden Inseln unter britische Schutzherrschaft zu stellen. Insoweit an anderen Puncten deutsche und englische Interessen concurriren sollten, hatten das deutsche und englische Cabinet sich so weit verständigt, daß eine freundschaftliche Regelung neuer Besitzergreifungen zu erwarten stand. Unterm 28. October wurde alsdann der englische Generalmajor Peter H. Scratchley vom Gouverneur zum High Commissioner dieser von den Engländern mit einem Federstrich in Besitz genommenen Hälfte von Neu-Guinea, die etwa die Größe Italiens mit sammt seinen Inseln besitzt, ernannt. Ungefähr gleichzeitig wurde auch von den englischen Behörden der Befehl gegeben, daß vor der Hand neue Ansiedelungen auf diesem britischen Gebiete verboten seien. Auf dem freigebliebenen Gebiete von Neu-Guinea ist jetzt die deutsche Fahne aufgehißt worden. Auch die Besitzergreifungen auf den benachbarten Inseln von Neu-Britannien kommen nicht unerwartet. Das letzte neue Weißbuch über die Südsee-Inseln hatte auf die Wichtigkeit der daselbst wurzelnden deutschen Interessen mehrfach aufmerksam gemacht und insbesondere eine ständige Vertretung durch einen berufsmäßigen Consularbeamten warm befürwortet. Um so erfreulicher ist es, daß jetzt unsere Colonialpolitik auch hier festen Fuß gefaßt hat. Wir können noch nicht mit Bestimmtheit versichern, daß den betheiligten Mächten bereits amtliche Anzeige von der Aufnahme dieser Gebiete in den Schutz des Reiches gemacht worden ist, doch glauben wir, daß die größte Wahrscheinlichkeit dafür spricht, daß dies geschehen sei.

* Die neuen deutschen Erwerbungen in Neu-Guinea, Neubritannien und Neu-Irland, deren endgiltige Vollziehung durch S. M. Schiffe „Elisabeth" und „Hyäne" erfolgt ist, sind von langer Hand vorbereitet. Schon in den aufgeregten Reichstagsverhandlungen der letzten Junitage hat Fürst Bismarck Andeutungen dahin gemacht, und nur seiner schnell einschreitenden Thatkraft ist es zu verdanken, daß die jetzt verwirklichten Pläne nicht anderseitig durchkreuzt worden sind. Was die Erwerbungen auf Neu-Guinea betrifft, so läßt sich jetzt schon ein hinreichendes Bild derselben an der Hand des letzten englischen Blaubuchs entwerfen. Während der westliche Theil dieser großen Insel bis zum 140. Grad östlich von Greenwich als holländische Besitzung angesehen wird, haben die Engländer die Südküste vom 140. Grad ab bis zum Ostcap der Insel und nördlich bis zu dem die Insel fast in der Mitte durchziehenden großen Gebirgsrücken für sich in Besitz genommen. Das nördlich von diesem Gebirgsrücken liegende Gebiet bis zur Nordküste der Insel zwischen dem 140. Grad und dem Ostcap ist bisher unabhängiges Gebiet gewesen, und man wird nicht fehl gehen, wenn man annimmt, daß jetzt das ganze Gebiet, den Ausführungen des Fürsten Bismarck entsprechend, ebenso wie das bei Westafrika geschehen, unter deutschen Schutz gestellt worden ist. An dieser Küste sind in jüngster Zeit von einer neuen deutschen Gesellschaft Factoreien errichtet worden, die den ersten Anlaß zum jetzigen amtlichen Einschreiten gegeben haben. So hat die deutsche Expedition, die seinerzeit unter Leitung des bewährten Reisenden Dr. Finsch nach Polynesien ausgerüstet war, hier auf gesunderer Grundlage den Boden für deutschen Handel und Industrie geebnet, und wir Deutsche alle haben vollen Grund, auf diese im Stillen vorbereitete und geschickt wie erfolgreich durchgeführte That stolz zu sein. Ebenso wie die Nordostküste Neuguineas sind dann auch die nordöstlich gelegenen Inselgruppen von Neubritannien und Neu-Irland durch dieselben Schiffe unter deutschen Schutz gestellt worden. Hier haben die deutschen Handelsinteressen, wie das letzte Blaubuch über die Südsee-Inseln beweist, schon seit längerer Zeit festen Fuß gefaßt, und es versteht sich von selbst, daß der Schutz des deutschen Reiches, wie der neuen deutschen Gesellschaft, so nicht minder den älteren, hier mit Erfolg thätigen deutschen Handelsunternehmungen der großen Firma Hernsheim und der deutschen Plantagengesellschaft zu Gute kommen wird.

* Eine in der Commissionssitzung der Afrikanischen Conferenz am Freitag hinsichtlich der Frage wegen Beschränkung des Handels mit Spirituosen angenommene Formel lautet folgendermaßen: „Die auf der Conferenz vertretenen Mächte sprechen, um die eingeborene Bevölkerung vor den Uebeln zu bewahren, die sich aus dem Mißbrauche starker Getränke ergeben, den Wunsch aus, daß unter diesen Mächten ein Einvernehmen erzielt werde, um die Schwierigkeiten zu ordnen, welche in dieser Hinsicht entstehen könnten. Dies soll in einer Weise geschehen, welche die Rechte der Menschlichkeit mit den Interessen des Handels in Einklang bringt, insofern die letzteren berechtigt erscheinen."

* Ueber den Stapellauf der Corvette E auf der Werft des „Vulcan" bei Stettin berichtet die „Neue Stettiner Zeitung" ausführlicher:

Besonderes Interesse erweckte die Anwesenheit des Erbgroßherzogs von Oldenburg und verschiedener hoher Marineofficiere, unter denen wir hervorheben Admiral v. d. Goltz, Oberwerftdirector Admiral Kühne, Admiralitätsrath Dietrich, Corvettencapitain Böters und andere. In dem wappengeschmückten Pavillon, gegenüber dem Bug des mächtigen Schiffskolosses, der heute zum ersten Mal seinen eisernen Leib in die Fluth tauchen sollte, hatten sich die Ehrengäste, welche die Direction des „Vulcan" zu der Feier geladen, versammelt. Wir nennen nur Oberbürgermeister Haken, Polizeipräsident Graf Hue de Grais, Stadtcommandant Generallieutenant von Webern, Vertreter der Kaufmannschaft, Mitglieder des Verwaltungsraths des „Vulcan" ꝛc. Aus der Stadt selbst war ein überaus zahlreiches Publicum zu Schiff, wie zu Wagen gekommen, um dem für die Industrie Stettins, wie für unsere Marine so wichtigen und erfreulichen Schauspiel beizuwohnen. Um $^{3}/_{4}$12 Uhr trat der Erbgroßherzog von Oldenburg in der Majorsuniform des Oldenburger Regiments vor und hielt mit weithin schallender Stimme eine Ansprache, in welcher er das neue Schiff als ein Product heimischer Industrie und deutschen Fleißes begrüßte. Von seinem Vater, dem Großherzog von Oldenburg, sei ihm der Auftrag geworden, dieses Schiff zu taufen, durch welches die deutsche Flotte um einen neuen Besitz bereichert werde, ein Schiff, das berufen sein solle, ein Mehrer des Reichs im Frieden zu sein. Aber auch im Falle eines Krieges würde dies Schiff in der Hand unserer anerkannt tüchtigen Marine eine starke Wehr und eine gute Waffe sein. Er forderte ferner auf, dem obersten Kriegsherrn, dem allverehrten Kaiser, der auch den Bau dieses Schiffes veranlaßt, ein dreimaliges tausendstimmiges Hoch auszubringen, das begeisterten Widerhall fand. Nachdem dasselbe verklungen, erklärte der Erbgroßherzog, daß seinem Auftrage gemäß das neue Schiff hinfort den Namen „Oldenburg" zu führen habe. Auf einen Zug an der Schnur zerschellte die Flasche Champagner am Bug des Schiffes. Gefolgt von den Ehrengästen, begab sich darauf der Erbgroßherzog in das auf dem Dache der Dampfschneidemühle aufgestellte Zelt; Director Hauck gab vom Pavillon aus das Zeichen, der Erbgroßherzog drückte auf den Knopf der elektrischen Verbindung, welche die Fallbeile zum Kappen hielt, wie ein Zittern ging es durch den Leib des Schiffes, ein Krachen und Prasseln, und stolz und majestätisch setzte sich unter dem brausenden Hurrah der Anwesenden der Koloß in Bewegung und tauchte in die aufschäumende Fluth der Oder, an deren anderem Ufer er sich alsbald festlegte. Von Herrn Director Hauck geleitet, begab sich darauf der Erbgroßherzog mit größerem Gefolge nach der Werft selbst, besichtigte die Einrichtungen derselben und stattete auch der Panzercorvette „Ting Yuen" einen Besuch ab, der über eine Viertelstunde währte. Die sämmtlichen geladenen Herrschaften fuhren darauf in Equipagen nach dem Hotel de Prusse, wo ein splendides déjeuner dinatoire ihrer harrte. Der Erbgroßherzog von Oldenburg fuhr mit dem Courierzuge 3 Uhr 45 Minuten nach Berlin zurück.

* Aus München schreibt man der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 18. December:

Mit den Gemeindewahlen scheint sich unser gesammtes politisches Leben erschöpft zu haben; wir sind in die alte Stagnation zurückgefallen, die für unsere öffentlichen Verhältnisse leider nur zu bezeichnend ist. Und doch war der Kampf um die Stühle in den Gemeindecollegien so heiß und heftig gewesen, wie kaum je zuvor; es haben von rund 10,800 Wahlberechtigten ungefähr 8000 bei den Wahlurnen sich eingefunden. Das Ergebniß stellt sich auf 11 Liberale gegen 9 Ultramontane, wird sich aber voraussichtlich für jene noch um einen Sitz günstiger gestalten, da in einem Wahlbezirk ein grober Verstoß gegen das Gesetz mit unterlief und in Folge dessen der gewählte Ultramontane einem Liberalen wird weichen müssen.

Die Situation hat sich für die Nicht-Ultramontanen seit 1878 wesentlich gebessert: im Jahre 1878 wurde gar kein Liberaler und 1881 nur ein einziger gewählt, heute haben die Nicht-Ultramontanen alle verlorenen Sitze bis auf einen zurückerobert. In der inneren Stadt gelang es ihnen, von 14 Candidaten 11 durchzubringen und in den Vorstädten gewannen sie den Wahlen von 1881 gegenüber 800 Stimmen.

Die Ultramontanen sind heute im Gemeindecollegium 46 Mann stark; es befinden sich unter denselben höchst unsichere Elemente. Gleichwohl geben sich jene den Anschein, als ob sie mit dem Ergebniß der Wahlen zufrieden seien, verschweigen aber kläglich, daß 3000 ihrer Parteiangehörigen gar nicht zur Wahl gingen — und versprechen sich Wunderdinge, die sie mit dieser Zweidrittelmajorität zu verrichten gedenken. Aber letztere ist immerhin etwas problematisch, insofern sich Herr v. Miller wohl bedenken wird, dem Heerrufe der extremen Ultramontanen unbedingt Folge zu leisten, Herr Sucher in Schulangelegenheiten und Wasserversorgung bisher immer mit den Liberalen ging und Herr Graf, der vorläufig d. h. bis zur Bescheidung des gegen seine Wahl erhobenen Protestes im Collegium sitzen wird, sich bereits für die Erhaltung der noch bestehenden Simultanschulen aussprach.

Wie bekannt, haben sich beide Kammern unseres Landtages mit großer Mehrheit für die Errichtung einer staatlich geleiteten Mobiliarversicherung ausgesprochen, wie es schon vorher das Generalcomité des landwirthschaftlichen Vereins gethan. Da nun die Regelung des Versicherungswesens durch das Reich noch in weiter Ferne steht, so wird demnächst im königl. Staatsministerium des Innern mit der Instruction der hochwichtigen Frage begonnen werden.

* Seitens der ultramontanen Abgeordneten der Zweiten Hessischen Kammer ist, in Erneuerung eines bereits bei dem vorigen Landtage gemachten Versuchs, ein Antrag auf Aenderung der Gesetzgebung bezüglich der Berechtigung zur Theilnahme an den öffentlichen Wahlen eingebracht worden. Bezugnehmend darauf, daß in der Thronrede zur Eröffnung des gegenwärtigen Landtags es als eine der ersten Aufgaben bezeichnet worden sei, im Zusammenhang mit der neuen Steuergesetzgebung die Berechtigung zur Theilnahme an den öffentlichen Wahlen zu regeln, wird beantragt, der Regierung das Ersuchen auszusprechen, diese Regelung möge in der Weise geschehen, 1) daß die Abgeordneten nicht mehr durch Wahlmänner, sondern direct von den Urwählern gewählt werden; 2) daß die Bestimmung, wonach das Wahlrecht von der Bedingung abhängig gemacht wird, daß der Wähler mit Zahlung seiner Einkommensteuer nicht im Rückstande sei, in Wegfall komme, daß überhaupt von jeder Verknüpfung des Wahlrechts mit der Verpflichtung, Einkommensteuer oder eine sonstige directe Steuer zu zahlen, Abstand genommen werde.

* Noch in aller Erinnerung ist, in welcher gehässigen, fanatischen Weise die Magyaren vor drei Jahren die Errichtung des Allgemeinen deutschen Schulvereins zu Berlin beurtheilten. Alle Mittel wurden damals versucht, um das Eingreifen des deutschen Schulvereins in Ungarn und Siebenbürgen zu verhindern und jede deutsche Gemeinde in diesen Ländern als unpatriotisch und hochverrätherisch zu verdächtigen, die etwaige Unterstützungen des Berliner Schulvereins entgegennehmen sollte. Diese Kampfesweise der magya-